

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker:

**Lebeck's** Fondant-Chocolade | per Tafel 50 Pf  
 Rahm-Chocolade  
 Bitter-Chocolade  
 Cocoa für 1/2 Kg. Dose 7,40 M.  
 Dessert per Carton 2,3 u. 4 M.

Marke-Dreiring

**Anzeigen-Zarif.**  
 Annahme von Anzeigen bis nachm. 3 Uhr. Sonntags nur Morgenblätter bis 11 bis 12 Uhr. Die einseitige Grundrate (ca. 8 Zeilen) 30 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden 25 Pf.; die zweiseitige 20 Pf.; die auf Zeitliche 20 Pf.; die dreiseitige 15 Pf.; die vierteljährige 1,00 M. Die Nummern nach Sonntags- und Feiertagen die einseitige Grundrate 25 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden die Grundrate 20 Pf. - Auspötrige Anzeigen nur gegen Vorauszahlung. Jedes Blatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle:  
 Marienstraße 38/40.

**Begleit-Geld:**  
 Einmalig für Dresden bei täglich postweiser Zustellung (an Sonn- und Feiertagen nur einmal) 2,50 M., durchgehende Anzeigen 3,00 M., bei einmaliger Zustellung nach die Zeit 2 M. (ohne Befreiung). Die bei diesen von Dresden u. Umgebung am Tage vorher erschienenen Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezahler mit der Morgen-Zustellung zusammen. Nachdruck nur mit besonderer Genehmigung (Dresd. Nachr.) zulässig. - Unvollständige Anzeigen werden nicht abgedruckt.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.  
 Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

**Königl. Preuss. Staatsmedaille I. Silber.**

**Bon Jour** mit Goldmundstück . . . 3 1/2 Pfg.  
**Kronprinz Wilhelm** m. versch. Mundstücke 6 1/2 und 10 Pfg.  
 Lieblings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen.  
**Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7**  
 Kairo - Brüssel - London E. C. - Frankfurt a. M., Bahnhofplatz 10.  
 Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

**WOLKEN**  
 Seifen und Waschlupver  
 Alleinige Fabrik: Ernst Gärtner, Radeberg  
 Ges. gesch. W. Z. Nr. 97409.

**Beleuchtungs-Gegenstände**  
 für jede Lichtart  
 Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.  
 Grösste Auswahl. Viele Referenzen.  
**Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik,**  
 Am See 16. Fernsprecher 1136.

**Tuchwaren.** Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damen-Kostümstoffe, Billardtuche, Bunte Tuche.** **Hermann Pörschel** Uniformtuche für Königlich Sächsische Staatsforstbeamte in erstklassigen Fabrikaten. **Scheffelstrasse 19/21 (Königs-Nachhaus).**

## Für eilige Leser.

**Rutmaßliche Bitterung: Keine Bitterungsänderung.**

Die Vorkände und Leiter sächsischer Literatur-sammlungen begannen gestern auf Einladung der Königl. Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler ihre Beratungen in der Königl. Kunstgewerbeschule zu Dresden.

Die große Kunstausstellung Dresden 1912 wird heute geschlossen.

Der frühere Reichskanzler Fürst Bülow ist mit seiner Gemahlin zu mehrtägigem Aufenthalte in Dresden eingetroffen.

Die Reichsregierung veröffentlicht Einzelheiten über einen Gesetzentwurf, der den Verkehr mit Mineralölen regelt und dem Reichstage bei seinem Zusammentritt zugehen soll.

Das Marine-Luftschiff „L. 1“, das am Sonntag vormittag 1/2 Uhr seine große Prüfungsfahrt angetreten hatte, ist Montag nachmittag 1/2 Uhr in Johannisthal glatt gelandet.

Die Berliner Börse und die ausländischen Märkte zeigten infolge der Nachricht von dem bevorstehenden Friedensschluss zwischen Italien und der Türkei ein wesentlich beruhigteres Aussehen.

Die Lage auf dem Balkan ist durch die Ueberreichung einer bulgarischen, serbischen und griechischen Note an die Mächte und an die Porte tatsächlich in das Stadium des Ultimatums getreten.

Türkische Truppen überschritten bei Nikowitz die serbische Grenze und griffen die serbischen Truppen an.

Die russische Regierung hat dem König von Montenegro wegen der Kriegserklärung an die Türkei die jährliche Staatsubvention von 2 1/2 Millionen Franken entzogen.

## Die ersten Enteignungen.

Der Kampf um den deutschen Osten ist in ein neues Stadium getreten, die preussische Staatsregierung hat die ersten Enteignungen angeordnet. Nur mit Sorge konnte man in den letzten Jahren die Entwicklung im Osten betrachten. Die Ansiedlungskommission konnte aus polnischer Hand so gut wie kein Land mehr erhalten, man mußte sich auf den Erwerb deutscher Güter beschränken, und da auch hier das Angebot nachließ, so zehrte das Ansiedlungswerk von den Vorräten der Kommission, die aus früheren Zeiten stammten. Auch die Vorräte mußten bald erschöpft sein, und so stand die ganze Kolonisationsarbeit im Osten vor ihrem Ende. Dagegen gewannen die Polen zusehends an Boden. Die polnischen Parzellierungsbanken siedelten tausende polnische Landarbeiter an, ein großzügiges Kreditwesen gab den wirtschaftlich schwachen Polen die Mittel, vorwärts zu kommen, und so erstarb das Polentum im Osten mit jedem Jahre.

Bereits vor vier Jahren entschloß sich daher die preussische Regierung, ein Enteignungsgesetz einzubringen. Das planmäßige Vordringen des Polentums mußte schließlich das Deutschtum im Osten gefährden, die Polen beanspruchten sich ja längst nicht mehr mit Weisproben, Polen und Ober-Schlesien, sie suchten auch in Pommern, Pommern und Brandenburg festen Fuß zu fassen. Politische Erwägungen hatten Bismarck seinerzeit veranlaßt, das Ansiedlungswerk im Osten, das unter Friedrich Wilhelm IV. ins Stocken geraten war, wieder aufzunehmen. Er ging dabei von dem Gedanken aus, das Deutschtum im Osten numerisch so zu härten, daß ein Abfall der Polen unmöglich war. Dieselben politischen Erwägungen leiteten auch Bülow, als er das Enteignungsgesetz dem preussischen Landtage vorlegte. In dem eigentlichen Enteignungsparagrafen des Ansiedlungsgesetzes heißt es: „Zur Sicherung des gefährdeten Deutschtums wird dem Staate behufs Abwendung und Stärkung der bestehenden Ansiedlungsgruppen das Recht zur Enteignung solcher Grundstücke verliehen, die zu diesem Zwecke erforderlich sind. Ausgeschlossen ist die Enteignung von Gebäuden, die dem öffentlichen Gottesdienste gewidmet sind, und von Begräbnisstätten.“ Ursprünglich wollte die Regierung dieses Recht für neun Kreise der Provinzen Polen und Westpreußen haben. Der Landtag änderte das Gesetz aber dahin ab, daß von einer Vorklassierung der Enteignungsbezirke abgesehen und die Gesamtfläche des zu enteignenden Grund und Bodens auf

70 000 Hektar festgesetzt wurde. Besonders diese letzte Bestimmung bedeutet zweifellos eine Schwächung des Gesetzes, trotzdem war auch in dieser Fassung das Gesetz durchaus wirksam, vorausgesetzt, daß es bald angewandt wurde.

Die nächste Folge des Gesetzes war ein rapidcs Sinken der Güterpreise im Osten, die eine geradezu jabelhafte Höhe erreicht hatten. Die Ansiedlungskommission bekam wieder Land auch von polnischer Seite, denn allgemein lebte man in dem Glauben, daß sofort Enteignungen vorgenommen werden würden. Als diese Erwartung aber nicht eintraf, begannen die Güterpreise wieder zu steigen, die Polen bedachten ihr Land, und die polnische Presse sorgte dafür, daß kein Pole an Landverkauf an die Ansiedlungskommission denken konnte. Das Ansiedlungswerk begann abermals zu stocken. Vier Jahre hat das Gesetz in den Archiven gelegen, und es ist bekannt, daß zahlreiche Polen nur auf die Enteignung warteten. Die in allen polnischen Angelegenheiten gut informierte „Schlei. Ztg.“ berichtet sogar, daß viele Polen ihre Güter direkt oder durch Mittelspersonen der Ansiedlungskommission zur Enteignung empfohlen haben.

Wir wollen heute nicht die Gründe untersuchen, die die preussische Regierung veranlaßt haben, mit der Anwendung des Enteignungsgesetzes zu warten. Sondern wir wollen uns heute aufrichtig freuen, daß man sich in Berlin zu dieser energischen Tat entschlossen hat. Einzig rief der Reichstagskanzler denen, die an der Vorklassierung der Bismarck'schen Polenpolitik zweifelten, sein viel zitiertes „nunquam retrorsum“ zu. Dieses Wort hat nunmehr seine Bestätigung gefunden. Es kommt zunächst auch gar nicht darauf an, daß der Umfang des jetzt enteigneten Gebietes verhältnismäßig gering ist; die vier polnischen Rittergüter sind zusammen rund 1900 Hektar groß. Die Hauptsache ist, daß die preussische Regierung durch die Tat bewiesen hat, daß es für sie in der Polenpolitik kein Zurück mehr gibt. Die Wirkung dieser Enteignungen wird bald zu bemerken sein. Der Landmangel der Ansiedlungskommission wird jetzt durch freihändigen Verkauf in kurzer Zeit beseitigt sein, und die Güterpreise werden wieder normale werden. Vor allem aber, und das ist wohl das Wichtigste, die polnische Heer fühlen wieder, daß Preußen noch Herr im eigenen Hause ist. Je wohlwollender die Polen behandelt worden sind, um so fester haben sie ihre nationalen Bestrebungen zur Schau getragen, je kräftiger der preussische Arm war, um so ruhiger waren die Polen. Das polnische Bauernvolk wäre heute längst gut preussisch gesinnt, wenn man dem römisch-katholischen Klerus, der im Osten der Träger des Deutscherhasses ist, etwas schärfer auf die Finger gezeihen hätte.

Mit einiger Spannung wird man das Verhalten des Zentrums zu den Enteignungen beobachten können. Das Zentrum ist aus konfessionellen Gründen bekanntlich polenfreundlich, es hat das Enteignungsgesetz mit allen Mitteln bekämpft. In gewissen katholischen Kreisen Deutschlands hat man sich daran gewöhnt, in den Polen religiöse Märtyrer zu erblicken. Alle die polnischen Ammenmärchen von der Bedrückung der katholischen Polen durch die evangelischen Deutschen finden in der Zentrumspresse ein gläubiges Publikum. In Wirklichkeit aber hätten die deutschen Katholiken allen Grund, über polnische Willkür zu klagen. Für die Polen gibt es nur eine „polnische Religion“; wehe dem Weikliden, der in gemischtsprachigen Gegenden nicht ausgesprochen nationalpolnische Politik treibt, er wird einfach konfottiert. Den deutschen Katholiken im Osten verweigert man deutsche Gottesdienste, und ein polnischer Propst hat vor noch nicht zu langer Zeit von der Kanzel herab verkündet: „Deutsche Katholiken sind eine von der katholischen Kirche abgefallene Sekte“. Der Fall ist gerichtlich festgelegt worden, der Propst wurde zu einer Geldstrafe verurteilt. Tausend andere Fälle werden dagegen nicht bekannt. Ueberall, wo der Pöle die Herrschaft hat, tyrannisiert er in der ungläublichsten Weise seine eigenen Glaubensgenossen nichtpolnischer Bekenntn. Davon wissen unsere deutschen Katholiken im Osten ein Lied zu singen. In Rußland haben wir dieselbe Erfahrung. Vor kurzem richteten katholische Missionare, Ketten und Weisketten Petersburgs mit ihrer Geistlichkeit an der Spitze eine Petition an den Kaiser, in der sie gegen die Bedrückung anderer Volksstämme im kirchlichen Einpruch erhoben. Ihr Erzbischof sei ein Spielball polnischer Chauvinisten, alle Katholiken würden gezwungen, bei Empfang gewisser Sakramente polnisch zu antworten, obwohl die Polen unter den dortigen Katholiken nicht den vierten Teil ausmachten. Ähnliche Beschwerden sind auch aus Wina bekannt geworden.

Daraus geht hervor, was die Polen unter religiöser Freiheit verstehen, und unser Zentrum wäre wirklich besser, sich bei den deutschen Katholiken im Osten zu erkundigen, anstatt die polnischen Klagen kritiklos zu glauben. Gerade die Haltung der Polen den deutschen Katholiken gegenüber macht es der Regierung so schwer, katholische Ansiedler im Osten anzusiedeln. Das Zentrum aber wiederholt in unbegreiflicher Verblendung das Schlagwort der Polen; Germanisierung ist Protektionierung.

Nun, das Zentrum wird die Regierung nicht hindern können, das große Ansiedlungswerk im Osten zu vollenden. Das ganze deutsche Volk, soweit es zuverlässig national gesinnt ist, steht hier hinter der preussischen Regierung. Der Anfang ist gemacht, und wir haben das Vertrauen zum Kanzler, daß dem guten Anfang eine gute Vollendung folgen wird.

## Der Krieg auf dem Balkan.

**Das Ultimatum der Balkanstaaten.**

Die Verhandlungen der Diplomaten dürften nunmehr beendet sein. Bulgarien, Serbien und Griechenland haben gleichzeitig den Großmächten und der Türkei eine Note überreicht, die in der Form zwar ziemlich gemäßig ist, ihrem Inhalt nach aber für die Türkei unannehmbare Forderungen enthält. Die Balkanstaaten verlangen die völlige Autonomie Mazedoniens und zugleich die Demobilisierung der türkischen Armee. Es bedarf weiter keiner Erörterung, daß die Türkei ein derartiges Ansinnen rundweg ablehnen wird. Damit haben die Balkanstaaten ihren Zweck erreicht, inzwischen dürfte auch die Mobilisierung ihrer Heere so ziemlich vollendet sein, so daß der Kampf nun beginnen kann. Es ist bezeichnend, daß in der Form am schärfsten der schwächste dieser drei Balkanstaaten geworden ist, Griechenland. Die griechische Note hat auch äußerlich die Form eines Ultimatums, sie stellt der Türkei eine Frist von 24 Stunden bis zur Freigabe der beschlagnahmten griechischen Schiffe.

Inzwischen haben die Türken bereits die Offensive gegen Serbien ergriffen. Türkische Truppen haben die serbische Grenze überschritten und die serbische Armee angegriffen. Man scheint also in Stambul der Verhandlung müde zu sein und die endgültige Entscheidung dem Schwerte überlassen zu wollen. Es ist möglich, daß die Balkanstaaten zunächst einige militärische Erfolge erringen werden, da bei der ungeheuren Entfernung des türkischen Reiches die Mobilisierung längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Bezeichnend ist übrigens, daß die an der balkanischen Grenze stehenden türkischen Truppen nicht auf dem Kriegsschauplatz eingreifen werden. Man scheint in Stambul also Rußland nicht über den Weg zu trauen. Der Kampf, den die Türkei jetzt zu bestehen hat, ist zweifellos einer der schwersten, die die türkische Geschichte aufzuweisen hat.

Die Note der Balkanstaaten, die die griechische Regierung Sonntag abend dem türkischen Gesandten in Athen überreichte, wurde von dem Gesandten drei Stunden darauf zurückgegeben mit der Begründung, er könne seiner Regierung den Inhalt solcher Note nicht mitteilen. Darauf ließ der griechische Minister des Auswärtigen die Note Goronikas nochmals überreichen. Infolgedessen wird die Abberufung des türkischen Gesandten als unmittelbar bevorstehend angesehen.

**Die Antwort der Porte**

auf die Note der Mächte ist Montag vormittag 10 Uhr auf der österreichisch-ungarischen Botschaft überreicht worden.

**Bulgarischer Antwort.**

Die Sonntag abend überreichte Antwortnote der bulgarischen Regierung auf den Schritt Österreich-Ungarns und Rußlands, die gleichzeitig auch der Türkei übergeben worden ist, ist zwar in durchaus ruhigem Tone gehalten, enthält jedoch Forderungen bezüglich der europäischen Willkür der Türkei, deren Annahme durch die Türkei als ausgeschlossen betrachtet werden muß. Die Note zählt radikale Reformen auf, die allein das elende Pöle der christlichen Bevölkerung wirklich besser gehalten könnten, nämlich Autonomie der Verwaltung der Provinzen, belgische oder schweizerische Generalgouverneure, aus Wahlen hervorgegangene Provinziallandtage, Landesgendarmarie und Militzen und freien Unterricht. Die Ausführung dieser Reformen soll einem höheren Räte anvertraut werden, der sich aus Christen und Muselmanen von gleicher Zahl zusammensetzt und unter der Aufsicht der Vorkonferenzen in Konstantinopel steht. Die Porte wird angefordert, zu erklären, daß sie diese Forderungen annimmt, indem sie sich verpflichtet, die in der Note und in der beigefügten ex-